

beispielsweise die Demokratie nach Gründung der Bundesrepublik als einen abgeschlossenen Prozess betrachten. Freiheit und Gleichheit in Deutschland sind im Grunde genommen ein Märchen. 100 Jahre Frauenwahlrecht sind und waren immer nur einer bestimmten Gruppe von Frauen vorbehalten. Wir können immer nur sagen, vor 100 Jahren wurde dieses Recht eingeführt und dann aufzählen, wer alles davon nicht profitierte.

In Zahlen sind das acht Millionen Menschen, die volljährig sind und kein Wahlrecht haben. Wie beispielsweise die ehemaligen Gastarbeiter aus der Türkei. So genannte Drittstaatsangehörige, die seit 60 Jahren hier leben. Sie werden sterben ohne einmal in Deutschland gewählt haben zu können. Sie bekamen Kinder, die auch wieder Kinder bekamen, gründeten im Vergleich zu Deutschen überproportional häufig Unternehmen, schufen Arbeitsplätze, waren Gewerkschaftsmitglieder oder Frauenrechtlerinnen. Es sind die Eltern derjenigen, die für Deutschland Fußball spielen, Filme drehen, Preise bekommen. Ihre Eltern haben dieses Land mit aufgebaut und sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit keine Staatsangehörige. Ich weiß nicht einmal, ob man sie Bürger nennen kann. Was sind Menschen, die in einer Demokratie leben, von ihr verwaltet werden, aber nicht wählen dürfen? Staatsangehörige zweiter Klasse ohne Pass? Mitbewohner?

An dieser Stelle schreien immer die ersten auf und brüllen einem hasserfüllt entgegen, „sollen sie halt Deutsche werden!“ Ich kann diesen Einwand nicht mehr hören. Denn die, von denen ich spreche, können nicht Deutsche werden. Die Rentner unter ihnen leben überproportional häufig in Armut. Denn sie waren einfache Arbeiter mit geringem Einkommen. Lebt man unter einer gewissen Einkommensgrenze, erfüllt man die Voraussetzungen nicht, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Wie immer, sind die Ärmsten unter ihnen die Frauen. Das ist nur eine von unendlich vielen Hürden, die nur dazu errichtet sind, dass sie nicht Deutsche werden können, damit sie kein Wahlrecht bekommen.

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland kann man nur feiern, wenn man die Jüdinnen von damals vergisst. Und die Türkinnen heute. Die Marokkanerin, die Tunesierin, die Libanesin, die Palästinenserin, diejenigen Frauen, die ab 1960 in dieses Land kamen und stummlos blieben. Deshalb muss Gleichheit das oberste Ziel heißen. Nicht Gleichheit zwischen Frauen und Männern. Nicht Gleichheit nur zwischen einigen Bevölkerungsgruppen sondern zwischen allen Bevölkerungsgruppen.

Glauben Sie nicht auch, dass die Parteienarithmetik über die Jahrzehnte anders wäre, wenn 8 Millionen zusätzliche Wählerinnen und Wähler zur Abstimmung gebeten werden würden? Oder das vielleicht das ganze Land anders debattieren würde, wenn die, über die man permanent spricht und verhandelt, auch mitstimmen dürften?

Und so erlaube ich mir bereits heute schon, davon zu träumen, dass die Flüchtlingsfrauen in Deutschland bald auch das Wahlrecht erlangen und dass es nur ein einziges Mal in der Geschichte nicht so ist, dass wir die Benachteiligten und Marginalisierten allein lassen, sondern an ihrer Seite stehen, um mit ihnen gemeinsam dafür einzustehen, dass die parlamentarische Demokratie um ihre Stimmen ergänzt wird.

Gleichberechtigung, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedeutet nicht nur geografisch am gleichen Ort zu leben, sondern auch politisch. Es kann das eine ohne das andere nicht geben. Wo es kein Wahlrecht für alle gibt, gibt es keine Freiheit.

Dieser Text ist eine Rede, die am 12. November 2018 im Maxim Gorki Theater von Mely Kiyak im Rahmen der Veranstaltung „Gleichberechtigung kommt noch..“ gehalten wurde. Seit 2013 schreibt die Schriftstellerin und Publizistin im Zwei-Wochen-Rhythmus für das Gorki „Kiyaks Theater Kolumne“, in der sie das Weltgeschehen kommentiert. Auf gorki.de kann man die Kolumne mit dem Newsletter abonnieren.

DOI: 10.5771/1866-377X-2019-2-49

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland.

Parität in der Politik,

15. Januar 2019 im Schloss Bellevue

Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Herzlich willkommen zu dieser kleinen Matinee, mit der wir an einen großen Tag erinnern wollen: an den 19. Januar 1919, einen Sonntag. Ein Sonntag, an dem die erste tatsächlich freie und allgemeine Wahl zur Deutschen Nationalversammlung stattfand und damit auch der Tag, an dem die Frauen in diesem Land zum ersten Mal ihr Wahlrecht ausüben konnten.

In vielen Veranstaltungen wird in diesen Tagen landauf, landab daran erinnert. Das ist gut. Aber Erinnern ist nicht genug. Mit

dieser Veranstaltung wollen wir – wie man sieht, Frauen und Männer gemeinsam – diesen Tag würdigen und auch feiern.

Louise Otto-Peters, eine der Ersten, die für die Frauen in Deutschland nach diesem Recht verlangte, stellte ihr Engagement unter die Devise: „Dem Reich der Freiheit werb‘ ich Bürgerinnen“. Deutschlands erste Republik, die Weimarer Demokratie, war dieses Reich der Freiheit und deshalb wurden am 19. Januar 1919 Deutschlands Frauen endlich vollberechtigte Bürgerinnen. Das ist die eigentliche politische Bedeutung dieses Datums – und es ist die Verpflichtung, der gerecht zu werden bis heute unsere Aufgabe ist!

Das sage ich ganz ausdrücklich als Inhaber eines Amtes, das – wenn ich recht darüber nachdenke – tatsächlich das letzte in unserem Land ist, das „bisher“ noch nicht von einer Frau ausgefüllt wurde.

Einhundert Jahre Frauenwahlrecht sind Anlass zur Freude – nicht nur für die Frauen. Sie sind Anlass, den mutigen Frauen zu danken, die dieses Recht erkämpft und durchgesetzt haben, denn selbstverständlich gibt es keine Freiheit ohne die Freiheit der Frauen. Kein Menschenrecht, kein Bürgerrecht ist nur einer Hälfte der Menschheit vorbehalten.

Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm, Helene Lange, Minna Cauer und Helene Stöcker hatten das schon vor 1919 angemahnt. Sie taten es klug, ausdauernd und hartnäckig, wie viele Frauen, die sich dann in ihrer Nachfolge für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen. Ich denke an die ersten weiblichen Abgeordneten der Weimarer Parlamente, an *Marie Juchacz, Helene Weber* oder *Clara Zetkin*. Sie wussten, dass es dauern kann, Männer und auch viele Frauen von der Idee der politischen Gleichheit zu überzeugen. Und sie wussten, dass es noch einmal länger dauern wird, bis aus den Widersachern Mitstreiter werden würden, für die eine gemeinsame Sache: die Sache der Demokratie. Aber sie haben in Leidenschaft und Solidarität niemals nachgegeben, und sie haben dem Lauf der Geschichte eine neue Richtung gegeben! Eine wunderbare Erfahrung für alle Demokratinnen und Demokraten.

Frauen haben in diesen einhundert Jahren viel erreicht. Wir haben in Ost- und Westdeutschland große Politikerinnen erlebt. Politikerinnen, die nicht nur Frauen zu Vorbildern wurden: *Annemarie Renger, Hildegard Hamm-Brücher, Rita Süssmuth, Christine Bergmann, Regine Hildebrandt*. Eine unvollständige Liste, auf der viele noch fehlen, die dazugehören.

Einhundert Jahre nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen wird dieses Land von einer Frau regiert, die sich in den Jahren ihrer Regierungszeit große Anerkennung und Respekt verdient hat, in Deutschland und in der Welt. Unsere Streitkräfte werden von einer Frau befehligt und die beiden ältesten Parteien des Landes von Frauen geführt.

Jede einzelne dieser Frauen bekräftigt, wie jede Politikerin und Parlamentarierin, dass es keine Demokratie als Idee von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit geben kann, an der nicht Männer und Frauen gleichermaßen beteiligt wären. Doch was uns heute selbstverständlich erscheint, galt deshalb nicht schon immer. Was *Louise Otto-Peters* für die Frauen reklamierte, dass ihre Teilnahme an den Interessen des Staates kein Recht, sondern vielmehr eine Pflicht ist, musste gleichwohl hart erkämpft werden.

Und die vergangenen einhundert Jahre zeigen uns, dass die politische Emanzipation der Frauen alles andere als selbstverständlich war. Nichts, auch nicht die Durchsetzung des Frauenwahlrechts, war unumkehrbar. Die Geschichte der Frauenrechte ist, wie die Demokratiegeschichte selbst, keine geradlinige und keine, die ohne Rückschläge geblieben wäre.

Vor einigen Tagen machte eine Fotografie aus den USA die Runde. Sie zeigt die neuen weiblichen Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses, die sich, angeführt von der Demokratin *Alexandria Ocasio-Cortez*, zu einem Gruppenbild der Debütantinnen zusammengefunden hatten. Es ist ein besonderes Bild, denn es weist darauf hin, dass es nun deutlich mehr

weibliche Abgeordnete im US-Kongress geben wird. 42 neue weibliche Abgeordnete sind es insgesamt im Senat und dem Repräsentantenhaus. 42 Frauen, die der männlichen Dominanz in der gegenwärtigen amerikanischen Administration etwas entgegensezten wollen.

Das Foto – deshalb erwähne ich es – führt uns mitten hinein in das Thema dieser Matinee. Es erinnert – von den demokratischen Politikerinnen gewollt – an ein Foto, das vor einhundert Jahren hier in Deutschland entstanden ist. Diese historische Aufnahme, die viele von Ihnen kennen, zeigt die weiblichen Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung im Februar 1919.

Die Frauen dieses ersten Weimarer Parlaments stellten neun Prozent der Abgeordneten und damit – mit großem Abstand – bis in die 1920er-Jahre hinein den höchsten Frauenanteil unter den gewählten Abgeordneten in der Welt. 37 Frauen wurden nach der Wahl vom 19. Januar 1919 in die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung gewählt. Das ist eine für damalige Verhältnisse stolze Zahl – vor allem, wenn man bedenkt, dass es danach bis zur Bundestagswahl 1987 gedauert hat, bis der Frauenanteil im deutschen Parlament erstmals mehr als zehn Prozent betrug.

Im Verlauf der Weimarer Republik nahm die weibliche Beteiligung in den Parlamenten allerdings stetig ab, bis den Frauen, unter nationalsozialistischer Herrschaft, schließlich das passive Wahlrecht wieder genommen wurde. Und wie wir wissen, können die deutschen Frauen der späten 1920er-Jahre leider nicht für sich reklamieren, gänzlich unbeteiligt an der Abwahl der Demokratie gewesen zu sein.

Die Zeit des Nationalsozialismus aber wirkte nach. Was unter nationalsozialistischer Herrschaft an einmal Erreichtem preisgegeben wurde, musste dann nach 1945 wieder neu erkämpft werden.

Im Parlamentarischen Rat der Bundesrepublik saßen unter 61 Männern lediglich vier Frauen. Die zahlenmäßig bescheidene weibliche Besetzung trat jedoch glücklicherweise deshalb nicht etwa bescheiden auf. Die Sozialdemokratin *Elisabeth Selbert* setzte den Passus „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz nahezu im Alleingang durch, jedenfalls gegen heftigen Widerstand der Männer, aber auch gegen manche Vorbehalte in den Reihen der Frauen.

Sie wollte sich nicht mit der ursprünglichen Formulierung des Artikels 3 zufrieden geben, der noch aus der Weimarer Verfassung stammte und lautete: „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“. *Elisabeth Selbert* wollte mehr, nämlich eine umfassende Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die sie als „imperativen Auftrag an den Gesetzgeber“ verstanden wissen wollte.

Dass dieser Auftrag in mancher Hinsicht, etwa was die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit angeht, auch heute noch besteht, bezeugt, wie klug und weitsichtig die Juristin *Elisabeth Selbert* vorging. Sie war, wie viele ihrer Mitstreiterinnen, Mitglied des Deutschen Juristinnenbundes, der die Ausgestaltung des Rechts maßgeblich mitgestaltet hat. Ich freue mich sehr, Sie, sehr geehrte Frau Professorin *Wersig*, heute hier begrüßen zu dürfen. Und ich bin gespannt auf die heutige Podiumsdiskussion darüber, wie wir in Deutschland mehr Teilhabe von Frauen in der Politik und den Parlamenten erreichen können.

Ich kann verstehen, dass Frauen sich in diesen Fragen nicht allein auf die Unterstützung der Männer verlassen wollen. Und selbstverständlich wäre es auch deshalb wünschenswert, wenn sich der stark zurückgegangene Frauenanteil im Deutschen Bundestag wieder erhöhte. Aber ich weiß auch: Das ist leicht dahingesagt. Und deshalb füge ich hinzu: Ich bin ebenso davon überzeugt, gleichzeitig dürfen sich Männer nicht länger in der Komfortzone ausruhen – viele tun es ja auch nicht –, denn Frauenrechte sind nicht die Sache von Frauen allein. Wenn wir die gläserne Decke sprengen wollen, müssen wir sie von beiden Seiten traktieren. Das ist jedenfalls meine Überzeugung. Und je mehr Männer auch mal die Perspektive der Frauen einnehmen, sie dezidiert unterstützen und die faire Beteiligung von Frauen eher als Bereicherung oder Ansporn betrachten, je näher werden wir dann auch der gewünschten Parität kommen.

Demokratie ist Überzeugungsarbeit. Frauen sind nicht immer die besseren Vertreterinnen der eigenen Sache und Männer nicht ihre natürlichen Gegner.

Ich wünsche mir an diesem 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts, dass wir alle erkennen, dass Frauenrechte unsere gemeinsame Sache sind und bleiben müssen.

Rede der Präsidentin des djb Prof. Dr. Maria Wersig

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, liebe Frau Büdenbender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen im djb,

für die Frauen in Deutschland ist es ein besonderes Jahr. Wir denken zurück an die Kämpfe der Frauen, die vor uns kamen. Wir freuen uns über das bereits Erreichte und den weiten Weg, den wir zurückgelegt haben. Als Frauen und Männer, als Gesellschaft, als Demokratie. Und wir schauen in die Zukunft.

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) wurde vor nunmehr über 70 Jahren gegründet, mit dem Ziel, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen. Viele der Probleme, die den Frauenrechtlerinnen vor 100 oder auch vor 70 Jahren noch auf den Nägeln brannten, sind inzwischen Geschichte. Zum Glück! Aber andere sind das nicht: Gleichstellung in allen Lebensbereichen ist noch längst nicht erreicht.

Ich freue mich sehr über diese Veranstaltung des Bundespräsidenten und Frau Büdenbender zum Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht gemeinsam mit dem Deutschen Juristinnenbund. Im Namen des djb danke ich Ihnen, Herr Bundespräsident und Ihnen, Frau Büdenbender, ganz herzlich, dass Sie diesem Jubiläum die Wertschätzung des Gedenkens geben und meinem Verband die Gelegenheit, daran mitzuwirken. Es ehrt den Anlass und uns.

100 Jahre Frauenwahlrecht – aber es gab noch nie ein paritätisch besetztes deutsches Parlament. Der Ausschuss der Vereinten Nationen, der über die Umsetzung der Frauenrechtskonvention wacht, hat im letzten Staatenberichtsverfahren darauf hingewiesen, dass Frauen im öffentlichen Leben und bei wichtigen Entscheidungen in Deutschland unterrepräsentiert sind. Die Gründe hierfür liegen nach Überzeugung des Ausschusses in

Geschlechterstereotypen und strukturellen Barrieren. Beides hindert Frauen an der gleichen Partizipation in der Politik, aber nicht nur in der Politik. Deutschland ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die gleiche Teilhabe von Frauen zu verwirklichen – sowohl nach Völkerrecht als auch nach dem Grundgesetz.

Formal gleiche Rechte genügen nicht – sie führen nicht automatisch zu gleichen Chancen und gleichen Entfaltungsmöglichkeiten. Das haben wir mühsam lernen müssen. Gleichberechtigung ist ein Versprechen, das eingelöst werden muss, täglich aufs Neue! Das aktive und passive Wahlrecht, von den Frauen vor 100 Jahren erkämpft, ist dafür Voraussetzung. Aber verbrieftete Rechte müssen auch gelebt werden können.

Dagegen wenden einige Männer ein (und auch manche Frauen): Die Frauen seien selbst schuld, sie müssten sich einfach mehr engagieren, zum Beispiel in politischen Parteien. Das ist eine reichlich ignorante Haltung. Die Realität ist: Frauen engagieren sich. Sie leisten 60% mehr an unbezahlter Arbeit als Männer. Ihr Engagement in politischen Parteien wird nicht selten von denen ausgebremst, die weniger engagiert sind. Schon wenn wir uns hier in diesem Saal umsehen, wird doch klar, dass angeblich fehlendes Engagement von Frauen keineswegs das Problem ist.

Vielmehr geht es um Macht. Wer den Frauen die Verantwortung für ihre strukturelle Benachteiligung zuschreiben will, dem geht es letztlich um die Verteidigung des Status Quo und die Verschiebung von Verantwortung. Aber das machen wir nicht mit. Offenbar muss sich in den Köpfen noch viel verändern. Warum ist Männerdominanz eigentlich häufig noch so selbstverständlich?

Die amerikanische Richterin und engagierte Frauenrechtlerin Ruth Bader Ginsburg antwortete auf die Frage, wann der Supreme Court endlich genug weibliche Richterinnen hat: „When there are nine“ – Wenn es 9 sind, sagte sie, also bei einer 100% Quote! Eine geniale Antwort, die offenkundig keine ernsthafte Forderung ist, aber doch diejenigen schockierte, die Jahrzehnte-lange Männerdominanz für ganz normal hielten. Die eigentlich noch nie akzeptabel oder gar gerecht war.

Der Maßstab für gerechte Staatlichkeit ist gleiche Teilhabe der Geschlechter. Gerade in der Politik muss das Ziel Parität sein! Denjenigen, die sagen, dass das nicht geht, möchte ich mit einer der Frauenrechtlerinnen der ersten Stunde, Hedwig Dohm antworten: „Glaube nicht, es muß so sein, weil es so ist und immer so war. Unmöglichkeiten sind Ausflüchte steriler Gehirne. Schaffe Möglichkeiten.“

Der Deutsche Juristinnenbund setzt sich dafür ein, dass wir auf Parität in den Parlamenten nicht noch weitere 100 Jahre warten müssen. Die Erfahrungen des Kampfes für gleiche Rechte und für gleiche Chancen zeigen uns, dass es ohne gesetzgeberische Maßnahmen wohl nicht gehen wird. Dabei reden wir hier nicht über Sonderrechte für Frauen. Es geht um die Demokratie, die nur wirklich funktionieren kann, wenn ihre geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln nicht diskriminieren. Unser Ziel ist Parität!

Weil wir Juristinnen sind und auch pragmatisch denken, haben wir im Vorfeld der heutigen Veranstaltung selbst Vorschläge vorgelegt – Vorschläge für erste Schritte, die ohne weiteres mit dem entsprechenden politischen Willen umsetzbar sind. Sie